



Stockstadt ist bunt

Die FWG Stockstadt begreift sich als Zusammenschluss von Menschen, die sich ihrer Heimatgemeinde verpflichtet fühlen, politisch und gesellschaftlich mitzugestalten. Wir sehen es als persönliche Verpflichtung an, uns für die Gemeinschaft, für Stockstadt und den Landkreis Aschaffenburg, zu engagieren.

Unsere Grundsätze sind die Achtung und Wertschätzung eines jeden Menschen, Gleichwertigkeit und Chancengleichheit für alle, freie Entfaltung der Persönlichkeit und freie Meinungsäußerung ohne Vorverurteilung.

Wir kämpfen dafür, dass die Prinzipien, die im deutschen Grundgesetz verankert sind, uneingeschränkt und für jedermann gelten können.

Wir begreifen das Zusammenleben hier in Stockstadt als harmonisch, respektvoll und vielfältig. Es ist eine besondere Errungenschaft, dass wir angesichts der Migrationsströme der letzten Jahrhunderte eine so starke Einigkeit und Gemeinschaft erreichen konnten.

Auf dem Fundament Prinzipien wie Toleranz, Offenheit und Respekt gelingt es uns, Gräben der Verschiedenartigkeit, der unterschiedlichen Kulturen, Herkünfte, Sozialisationen, und Weltanschauungen zu überwinden und sagen können:

Wir sind einfach Steckster und wir fühlen uns wohl in unserer Heimatgemeinde.

Dieses gute Zusammenleben, diese Toleranz und Offenheit muss jeden Tag neu gelebt und verteidigt werden. Alle Menschen, die sich für Stockstadt engagieren, tragen seit jeher dazu bei.

Die Freiheit, die wir genießen, bringt gleichsam Verpflichtungen mit sich. Freiheit ohne Verantwortung ist nichts als Egoismus und führt dazu, das Recht des Stärkeren zu leben.

Wir sind der festen Überzeugung, dass sich jeder Mensch, der bei uns lebt, an die Verpflichtungen aus dem Grundgesetz halten muss, damit Gemeinschaft gelingen kann.

Weiterhin halten wir es für wichtig, dass wir eine gerechte und freie Gesellschaft nur bewahren können, wenn sich jeder seiner Leistungsfähigkeit entsprechend einbringt.

Wir stellen fest, dass sich die politische Landschaft in Deutschland in den letzten Jahren stark gewandelt hat. Politische Ränder erstarben, weil sich offensichtlich viele Menschen nicht mehr von Parteien der Mitte repräsentiert fühlen.

Wir befürchten, dass sich die Spaltung der Gesellschaft verstärkt, wenn es uns nicht gelingt, die Sorgen und Nöte der Menschen zu hören und angemessen zu reagieren. Es ist wichtig, unvoreingenommen Meinungen und Positionen unserer Bürger zu würdigen.

Nicht zielführend hingegen ist es, Schuldige zu suchen und zu stigmatisieren. Wenn wir ideologische Denk- und Sprechverbote erteilen, stärken wir die politischen Ränder.

Es ist wichtig, politischen Extremismus, religiösen Fanatismus und Antisemitismus als Gefahren für unsere freie Gesellschaft zu benennen und alle gleichermaßen konsequent zu bekämpfen.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Justiz ist vielerorts erschüttert, Menschen haben den Eindruck, dass ihre Sicherheit und Freiheit in Gefahr sind.

Unter anderem tun die Diskussionen zur aktuellen Kriminalitätsstatistik und Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Zurückdrängung der Frauenrechte das Ihre dazu, dass sich Menschen den extremen politischen Lagern zuwenden. Diese Probleme müssen von der Bundes- und Landespolitik unbedingt effektiv angegangen werden. Wir brauchen glaubwürdige Anstrengungen von Staat und Justiz, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzuerlangen.

Wir verwenden viel Zeit und Energie darauf, gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten, einzuordnen und unseren Beitrag für alle Steckster zu leisten.

Wir stehen für Meinungsvielfalt, Respekt und Toleranz. Politischem und religiösem Extremismus jedoch erteilen wir eine klare Absage. Hass, Ausgrenzung sowie Unterdrückung sind keine Meinungen, sondern schädlich für unser friedliches Zusammenleben.